



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/46

Hannover, 20. April 1949

Entschliessung =====

Der Parteivorstand und der Parteausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben mit der Fraktion der SPD des Parlamentarischen Rates und den der SPD angehörenden Ministerpräsidenten in einer gemeinsamen Sitzung die allgemeine politische Lage, insbesondere den Stand der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates in Bonn behandelt und folgende Entschliessung gefasst:

Die Sozialdemokratische Partei hat nach Bekanntgabe der Londoner Empfehlungen grundsätzliche Bedenken gegen die Ausarbeitung einer Verfassung geäussert, für die von den Besatzungsmächten eine bestimmte Auflage gesetzt wurde und für deren Inkrafttreten sie sich die Genehmigung vorbehalten haben.

Um jedoch keine Chance für das deutsche Volk und den Aufbau eines lebensfähigen Europas auszulassen, hat sich die Sozialdemokratie bereitgefunden, an der Ausarbeitung eines den Bedürfnissen der Übergangszeit dienenden provisorischen Grundgesetzes mitzuwirken. Sie glaubte dabei annehmen zu können, dass im Rahmen der in den Londoner Empfehlungen festgelegten allgemeinen Bestimmungen der Parlamentarische Rat in der Lage sein würde, im Wege frei getroffener demokratischer Entscheidung für das deutsche Volk ein Gemeinwesen zu schaffen, das der Vorstellung seiner Mehrheit entspricht und ohne Bruch in eine künftige deutsche Verfassung hinüberzuleiten vermag.

Es ist im Parlamentarischen Rat mit grosser Mehrheit eine Einigung zustande gekommen, die durch schwere Verzichte der Sozialdemokratie ermöglicht wurde, die diese im deutschen und im europäischen Interesse glaubte auf sich nehmen zu sollen. Die Einigung ist durch die wiederholten, in Einzelheiten gehenden Interventionen

der Besatzungsmächte zerstört worden. Dieser Ausgang wurde durch die weitgehende Identität der Auffassungen der Führungsschicht der CDU/CSU und der Besatzungsmächte über den Aufbau eines deutschen Staatswesens gefördert.

Das muss notwendig zu einer Bloßstellung der Demokratie führen, den demokratischen Kräften jedes Ansehen und jeden Kredit nehmen, der Jugend das Zutrauen in eine freiheitliche Zukunft rauben und die deutsche Einigung erschweren.

Angesichts der herannahenden grossen Entscheidungen wird der nationalistische und kommunistische Ansturm nur aus eigenem politischen Willen des deutschen Volkes und nicht durch blosser staatsrechtliche Konstruktionen gebrochen werden, die auf fremder Weisung beruhen.

Die Sozialdemokratische Partei kann hier nicht folgen.

Sie sieht eine letzte Möglichkeit, die Arbeit im Parlamentarischen Rat zu einem erträglichen Abschluss zu bringen, wenn

die notwendige deutsche Entschlussfreiheit durch die Besatzungsmächte nicht weiter beeinträchtigt wird,

der Grundgesetzentwurf auf das Notwendigste beschränkt wird,

die die Volkssouveränität einengenden Vollmachten des Bundesrates entscheidend gemindert werden,

die Erhaltung der deutschen Rechts- und Wirtschaftseinheit auf allen Gebieten, vor allem dem der Gesetzgebung sichergestellt wird,

eine Regelung im Finanzwesen getroffen wird, die dem Bund die Mittel und Möglichkeiten gibt, deren er zur Erfüllung seiner Aufgaben bedarf,

endlich die Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen des Bundesstaates, insbesondere eine einheitliche Sozialordnung und ein angemessener Finanz- und Lastenausgleich gewährleistet wird.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird ein Grundgesetz ablehnen, dass einer dieser Forderungen nicht genügt.

Die Entscheidung der SPD

Nein zum bisherigen - Ja zum neuen Versuch

(sp) Die gemeinsame Tagung der massgebenden Körperschaften des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Bonner Fraktion, der Kontrollkommission, sowie der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten am 20. April in Hannover in der Stadthalle, am Tagungsort des niedersächsischen Landtags, war durch ein sachliches und ein persönliches Moment von besonderem Gewicht gekennzeichnet: Durch die Schwere der zu treffenden Entscheidung und die erste Anwesenheit Dr. Schumachers auf einer derartigen Versammlung von leitenden Parteifunktionären seit über einem Jahr. Kurt Schumacher wurde von der Versammlung sehr herzlich begrüßt. Er sah wohl und gesund aus, sprach lebendig und geistvoll wie je und versicherte, er glaube, er sei wieder soweit, dass er den Strapazen der Arbeit voll gewachsen sei. Er sei gesund, "hoffentlich nicht machen zu gesund", fügte er lächelnd hinzu.

Diese Parteiversammlung sei eigentlich ein Parteitag, gemessen an seiner Bedeutung vielleicht der wichtigste seit 1945. Zur Entscheidung stehe eine Frage, deren Bedeutung gleichwertig sei mit dem Entschluss der Partei, nach dem Kriege mit allen Mitteln dem Kommunismus den Zutritt zum deutschen Arbeiter zu verwehren.

Die Ausführungen Schumachers standen sehr stark im Zeichen von zwei Erkenntnissen, die bereits im Jahre 1945 für die Partei massgebend gewesen sind:

"Wir sind nicht britisch, nicht russisch, nicht amerikanisch und nicht französisch, wir sind die Partei des arbeitenden Volkes in Deutschland und als solche zur internationalen Arbeit bereit.

Die Sozialdemokratie ist eine Partei der Zusammenarbeit, sie ist keine Partei der Unterwerfung. Sie behauptet ihre Selbständigkeit gegenüber allen in- und ausländischen Faktoren."

In seiner Rede entwarf Kurt Schumacher ein umfassendes, durch viele besonders prägnante Einzelzüge und pointierte Formulierungen sehr farbig gehaltenes Bild von der deutschen Situation, ihren internationalen Zusammenhängen und ihrer Entwicklung bis zum gegenwärtigen Augenblick.

Der gemeinsamen Sitzung am Mittwoch war eine Sitzung des Vorstandes vorangegangen. Auch hier stand eine Rede Dr. Kurt Schumachers

Im Mittelpunkt, an die sich eine lebhafte Diskussion anschloss. Diese vorbereitende Sitzung dauerte mit einer Unterbrechung von etwa zwei Stunden von 16,00 bis 23,00 Uhr. Es wurde von einem Redaktionskomitee, bestehend aus Kurt Schumacher, Erich Ullenhauer, Carlo Schmid, Fritz Henssler, Willi Michler und August Zinn, ein Entschliessungsentwurf erarbeitet, der am Tage danach der grössten Versammlung zur Beschlussfassung vorgelegt und mit 63 zu 4 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen von ihr angenommen wurde. Dieser Entwurf ist die sozialdemokratische Antwort auf die Frage, die man an sie von den verschiedensten Seiten gerichtet hat, nachdem bereits die Fraktion in Bonn vor längerem ihr Nein zu weiterem Entgegenkommen ausgesprochen hatte. In dieser Antwort ist das Nein zu jedem Vorschlag, der im Sinne der alliierten Wünsche über den Siebener-Ausschuss hinausgeht und auch diesen selbst betrifft, das beherrschende Element. Daneben steht ein neuer Versuch, zu einer Lösung zu kommen, skizziert in sechs Voraussetzungen, ohne deren Erfüllung die SPD keinem Grundgesetz zustimmen wird.

Die Sitzung am Mittwoch, an der annähernd hundert Personen teilnahmen, war die interne Kundgebung einer wahrhaft demokratischen Partei, deren Funktionäre jede Freiheit der Urteilsbildung und Meinungsäusserung haben. Aber zu jeder Minute dieser ausgedehnten Beratungen hatte man den Eindruck, dass neben dieser selbstverständlichen Freiheit der ebenso ausgeprägte Wille steht, nach der gefundenen Entscheidung keinen Gedanken wirksam werden zu lassen, der sie wieder gefährden könnte.

Für eine aufrichtige Demokratie

(sp) Selten wird in einer parteiastlichen Volk-Bewegung so unumwunden über das Ergebnis einer parlamentarischen Versammlung berichtet worden sein, wie in der sozialdemokratischen Entschliessung vom 20. April. Dieser Eindruck ist durch die äusserst freimütigen Feststellungen Dr. Kurt Schumachers vor Vertretern der in- und ausländischen Journalisten bekräftigt worden, wie sie so zahlreich seit langem nicht auf einer von einer deutschen Persönlichkeit einberufenen Pressekonferenz vertreten waren.

Die Resolution wird dem, der zu lesen versteht, alle Zweifel über die Haltung der SPD nehmen. In klaren Worten wird zunächst eine Analyse der Entwicklung des Problems eines provisorischen Grundgesetzes von seiner Entstehung bis zum heutigen Tage gegeben und es wird gesagt, in welchen Punkten die sozialdemokratische Partei zu dieser Entwicklung Nein sagen musste. Dieser Einspruch bezieht sich einmal auf die Methode und das zum Unmass angewachsene Ausmass der fortgesetzten Interventionen der Besatzungs-

mächte in Detail-Fragen einer künftigen westdeutschen Konstitution, auch soweit es sich dabei um eine provisorische Ersatzeinrichtung handelt. Das Nein bezieht sich zum anderen auf alle bisher auf dem Verhandlungswege erreichten Kompromisse. Klar wird festgestellt, dass die Einigung sowohl an der Einmischung der Besatzungsmächte wie daran scheiterte, dass sich die CDU/CSU von ihrer ursprünglichen bindenden Zusage löste und sich von Standpunkt der Besatzungsmächte zu eigen machte.

Die Konzeption Schumachers geht von der sehr einfachen Überlegung aus, dass einmal der Punkt erreicht ist, an dem der Widerstand einer unaufrichtigen, pseudodemokratischen Praxis vor aller Welt offen vorgelegt werden muss und an dem aus diesem Sachverhalt die notwendigsten Konsequenzen zu ziehen sind. Alle bisherigen Einrichtungen auf überzionaler Grundlage sind auf Wunsch oder Befehl ähnlicher Anregung der Besatzungsmächte entstanden, wie zum Beispiel der Wirtschaftsrat. Sie wurden als Schritte zu einer späteren besseren Regelung akzeptiert und in diesen Institutionen hat auch die SPD ihre Mitarbeit nicht versagt. Bei der Schaffung eines Grundgesetzes, das auch auf politischem Gebiet in Westdeutschland eine grössere und straffere Zusammenfassung herbeiführen sollte, handelte es sich aber von vornherein um etwas grundsätzlich anderes: Deutschen sollte die Chance einer selbständigen politischen Betätigung - freilich im Rahmen gewisser Vorbehalte, die sich aus der gegenwärtigen Situation Deutschlands erklären - gegeben werden. Das ist aber nicht geschehen.

Ist man bemüht, den Kern aus der sehr gründlichen und gedankenreichen Zeitanalyse herauszuschälen, die Kurt Schumacher am Mittwoch gab, dann stösst man auf die folgende Grunderkenntnis: die SPD kann eine weitere öffentliche Diskreditierung des demokratischen Gedankens nicht billigen, wenn sie schon nicht imstande ist, sie zu verhindern. Es liegt ein gefährlicher Widersinn in der Tatsache, dass dieser demokratische Grundgedanke, eines der grossen Kriegsziele der Gegner des Nazismus, nach dem Ende des Krieges zu einem guten oder besser zu einem sehr bösen Teil durch eben diese Kräfte so schweren Belastungen ausgesetzt worden ist. Das geschah dadurch, dass man den staatlichen deutschen Einrichtungen kaum ein kümmerliches Minimum an Bewegungsfreiheit liess und sie gerade bei denen in die unmittelbare Gefahr brachte, sich lächerlich zu machen, die es gilt, von der Vernünftigkeit einer demokratischen Ordnung zu überzeugen. Das trifft in erster Linie für die Jugend zu, die politisch interessiert ist oder an die Politik herangeführt werden soll. Vor allem aber ist wenigstens ein entwicklungsfähiger Ansatz zur Möglichkeit eines politisch selbständigen Lebens ein unbedingtes Erfordernis, wenn eine echte europäische Zusammenarbeit zustandekommen soll.

soll. "Wir dürfen in den Augen der heranreifenden Generation nicht die Demokratie mit Desorganisation und mit jeder Form der Ohnmacht gleichsetzen. Die Demokratie ist nicht die staatsrechtliche Form einer nationalen oder internationalen Demütigung, sondern Ausdruck einer Gleichberechtigung oder doch des möglichst offenen Weges zu dieser Gleichberechtigung", hat Kurt Schumacher formuliert.

zum Bisherigen

Die sozialdemokratie hat aber neben ihr ~~Nein~~/erneut ihre Bereitschaft gestellt, nach ihren Kräften und im Rahmen ihrer Vorstellungen einen letzten Versuch zu einer Lösung zu machen. Sie hat dafür sechs Voraussetzungen genannt und mit unmissverständlichem Nachdruck gesagt, dass sie jedes Grundgesetz ablehnen wird, das auch nur einer dieser Anforderungen nicht genüge. Das mag recht ultimativ klingen. Man darf aber nicht vergessen, dass man allmählich zu einem Punkte der Auseinandersetzung gelangt ist, an dem man ohne eine sehr eindeutige Bestimmtheit nicht mehr weiterkommt. Die SPD wird ihren neuen Entwurf, dessen Kern die Erwähnten Voraussetzungen ausmachen, den Parteien im Parlamentarischen Rat vorlegen und es wird deren Sache sein, wie sie sich dazu verhalten. Die SPD muss die Folgen einer Annahme oder Ablehnung der in ihrer Resolution niedergelegten Postulate den anderen Parteien überlassen. Sie geht in den neuen Abschnitt mit einer sehr klaren Marschroute. Sie ist der Ansicht, dass eine sehr schnelle Lösung nicht nur unbedingt notwendig, sondern auch durchaus möglich ist und sie wird nichts tun, was diese Lösung erschwert, wenn sie sich auf der Basis ihres neuen Entwurfes bewegt.

Sechzig Jahre schwedische Sozialdemokratie

Ein Begrüßungsartikel Dr. Kurt Schumachers

sp. Die Informationszeitschrift "Fakta" der schwedischen sozialdemokratischen Partei ist mit ihrer Aprilnummer von rund 150 Seiten eine Kavalkade durch zwei Generationen sozialdemokratischer Arbeiterbewegung. Neben den nordischen Bruderparteien gratulieren Morgan Philipps (Strahlender Einsatz für soziale Sicherheit), Dr. Kurt Schumacher (Bewunderung und Vertrauen) und Adolf Schärf (Sozialdemokratie baut das Schweden der Zukunft).

Der derzeitige Parteivorsitzende und Chef der sozialdemokratischen Regierung, Tage Erlander, schildert den Weg der schwedischen Arbeiterbewegung vom Klassenkampf bis zur Sammlung der Mehrheit des Volkes. Es ist zugleich der Weg vom privatkapitalistischen Staat zum Lande des Mittelweges, zur sozialen Sicherheit. Die schwedische Sozialdemokratie konnte diesen Weg nicht widerstandslos gehen oder ihren kämpferischen und gestaltenden Willen aufgeben. Beinahe kann man umgekehrt sagen, daß sie ständig erneut das Erworbene zu verteidigen hatte.

Dr. Kurt Schumacher schreibt in der Zeitschrift: "Die schwedische wie die deutsche Parteigeschichte der sechzig Jahre ist eine historische Periode, in der alle jene äußeren und inneren Streitigkeiten durchkämpft werden mußten, die mit der Entwicklungsgeschichte des europäischen Sozialismus verbunden sind.... Ein Jahr zeitiger als bei uns in Deutschland wurde die schwedische Sozialdemokratie Regierungspartei. Die Schweden erlebten innere Parteikrisen, die Neuformung des Gesichts der Bewegung und die abschließende Ausformung ungefähr um die gleiche Zeit. Aber in einer wichtigen Hinsicht kam Ihr ein Stück uns voraus. Ihr, die Ihr verstanden, Koalitionspolitik zu treiben, hattet die große Chance, allein zu regieren und Ihr habt verstanden, diese Chance auch auszunutzen.

Die deutschen Sozialdemokraten denken oft daran, daß die schwedischen Parteifreunde immer dafür gekämpft haben, daß den deutschen Sozialdemokraten der Weg zur internationalen Zusammenarbeit geöffnet wurde. Die deutschen Sozialdemokraten wünschen den schwedischen Sozialdemokraten alles Gute und alle möglichen weiteren Fortschritte. Das wünschen sie den Schweden und - sich selbst".

(b/1/2/2c4/hs)

Noch immer Volkstod in der Ostzone

sp. Die in der deutschen Öffentlichkeit wiederholt erhobene Forderung nach Bekanntgabe der Bevölkerungsbewegung in der Sowjetzone ist bisher auf taube Ohren gestoßen. Nach den Angaben einer großen Berliner Tageszeitung betrug die Sterblichkeit 1946 in der Ostzone fast 23, 1947 fast 19 auf Tausend, gegen 11,4 im Jahre 1933. Für 1948 wird sie mit 15,1 angenommen. In diesen drei Jahren ergaben sich Sterbeüberschüsse von 12,1, 5,6 und 2,4 auf Tausend (1933 Geburtenüberschuß 2,0!), während in der Bizone in allen drei Jahren die Sterblichkeit von den Geburten beträchtlich übertroffen wurde, 1948 sogar schon wieder um 6,3 je Tausend!

Nun sind in den letzten Wochen neue Einzelzahlen bekanntgeworden, die beweisen, daß 1948 die Ernte des Todes in der Sowjetzone zwar etwas geringer als in den Vorjahren, aber immer noch erschreckend groß war. Diese Zahlen betreffen folgende vier Städte:

	Schwerin	Wolgast	Gera	Meiningen
Geburten	1.225	165	1.203	401
Sterbefälle	1.263	185	1.927	587
Sterblichkeits- überschuß	38	20	724	186

In allen vier Städten sind also noch immer Sterblichkeitsüberschüsse zu verzeichnen, selbst in der Kleinstadt Wolgast in Vorpommern, dem landwirtschaftlich günstigsten Gebiet der Zone. Wie ungünstig die Lage erst in dem Industriegebiet Mitteldeutschlands ist, zeigt das Beispiel Geras, wo der Sterblichkeitsüberschuß 60 Prozent der Geburtenzahl ausmachte und gegen 1947 sogar noch gewachsen ist. Wie mag es erst in Leipzig, in Dresden, in Chemnitz aussehen? Einzelangaben zeigen, daß noch immer die Tuberkulose ungeheure Opfer fordert, obwohl nach der bisherigen Praxis angenommen werden muß, daß die Veröffentlichungen über diese Volksseuche künstlich niedriggehalten werden. (b/B. 120/2/204/hs)

10.000 neue Mitglieder in der dänischen Sozialdemokratie. (sp.) Die dänische Sozialdemokratie regiert seit über einem Jahre ihr Land unter den schwierigen Bedingungen einer Minderheitsregierung. Trotzdem ist die Zahl ihrer Mitglieder erneut um 10.000 gestiegen. Die dänische Sozialdemokratie, die ebenso wie die deutsche nur Einzelmitglieder hat (in den anderen skandinavischen Ländern kennt man bekanntlich den korporativen Anschluß über die lokalen Gewerkschaften), zählt jetzt 315.699 Parteimitglieder bei einer Gesamtbevölkerung von vier Millionen Einwohnern. Außerordentlich hoch ist der Anteil der organisierten Frauen mit 120.508. Vor dem Kriege betrug die Mitgliederzahl 220.995. Während der Besatzungszeit kamen 31.072 neue Mitglieder hinzu und nach der Befreiung konnten 63.632 Mitglieder registriert werden.

K.R.

Neue Repressalien in der Ostzone geplant

sp. Wie aus sicherer Quelle verlautet, bereitet die SED in Sachsen ein neues Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor: in Kürze soll allen den Familien, deren Ernährer in Westdeutschland lebt, die Wohnung weggenommen und außerdem der Einfachheit halber gleich das gesamte Mobiliar beschlagnahmt werden! Nur 30 Kilogramm Gepäck soll jeder mit sich nehmen dürfen. (b/B. 120/2/204/hs)

Starkes Echo der Kriegsgefangenenhilfe

sp. Die von der Kriegsgefangenenhilfe der SED eingeleitete Aktion zwecks namentlicher Erfassung der noch in der Sowjetunion und ihren Satelliten-Staaten befindlichen Kriegsgefangenen hat unter der Bevölkerung stärksten Widerhall gefunden. Viele Tausende von Briefen und Karten aus allen Teilen Deutschlands und auch aus der Ostzone gehen im Büro der Kriegsgefangenenhilfe beim Parteivorstand in Hannover, Odeonstr. 15/16 ein. Die Eingänge werden nach ihren Sachangaben, wie Kriegsgefangene - Vermißte - Verschleppte und Verhaftete alphabetisch geordnet, um als Beweismaterial den alliierten Regierungen zugeleitet zu werden. Eine persönliche Beantwortung kann bei der stark anfallenden Post in Kürze nur in den ganz dringenden Fällen erfolgen.

Skandinavisch-britische Arbeiterhochschule

Die neue Professorin in englischer Sprache an der Universität Oslo, Asta Kihlbom, ist die Initiatorin einer britisch-skandinavischen Arbeiterhochschule, die bereits im nächsten Jahre die ersten 50 Hörer aufnehmen soll. Die Schule wird im Holy Oak House in Manchester eingerichtet werden, die Schüler werden von allen drei skandinavischen Ländern gestellt werden. Die Kosten werden von den Ländern, aus denen die Schüler kommen, gemeinsam mit dem British Council getragen werden. Zweck der Schule ist die Herstellung eines engen Kontaktes mit dem englischen Milieu und den englischen Volksbildungsorganisationen. Es werden Sprachstudien geübt und wird Geschichte gelehrt werden. Die Schüler sollen soviel wie möglich von dem modernen England kennenlernen. K.K.

Entlassungsstelle Hamburg aufgelöst. (sp.) Die Kriegsgefangenenhilfe der SED in Hannover gibt allen Heimkehrern und Suchenden bekannt, daß die bisherige Hamburger Entlassungsstelle sowie die Suchstelle in der Kunsthalle in Altona, Allee 131 aufgelöst sind. Einzige Entlassungsstelle für die britische Zone ist nur noch das Lager Friedland.

20. April 1949

Einige Kernsätze aus der Rede Dr. Kurt Schumachers vor dem Parteiausschuß am Mittwochvormittag, d. 20.4.1949

"Wir brauchen eine Partei, die die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes zur Selbsterhaltung und zur internationalen Zusammenarbeit klar und vertrauensvoll zum Ausdruck bringt. Wenn die SPD diese Funktion nicht ausfüllt, werden andere Parteien, die vielleicht erst kommen werden, sie sich anmaßen; wahrscheinlich zum Unheil für Deutschland und zu einer großen Gefahr für Europa."

+

"Es ist eine Torheit, in den entscheidend großen Fragen schlau sein zu wollen. In diesen Fragen kann man nur klug und mutig sein".

+

"Wir sind nicht britisch, nicht russisch, nicht amerikanisch, nicht französisch; wir sind die Partei des arbeitenden Volkes in Deutschland und als solche zur internationalen Zusammenarbeit bereit. Die Sozialdemokratie ist eine Partei der Zusammenarbeit, sie ist keine Partei der Unterwerfung. Sie behauptet ihre unbedingte Selbständigkeit gegenüber allen in- und ausländischen Faktoren".

+

"Der nationale und der internationale Gedanke sind keine Gegensätze, sondern die nach beiden Seiten gewandten Ausdrücke der gleichen Materie. Es gibt keine Periode, in der die Sozialdemokratie irgendwann die nationale Idee verleugnet hätte. Es gibt sehr wohl den nationalen Patriotismus, auch in der internationalen Situation".

+

"Es gibt für uns wohl die absolute Notwendigkeit der militärischen Neutralität. Das ist selbstverständlich. Aber den Begriff Neutralität gegenüber einem Faktor anerkennen zu wollen, der diesen Begriff niemals selbst aufrichtig akzeptiert, ist widersinnig. Das wäre in Wahrheit keine Neutralität, sondern eine kaschierte Parteinahme, in diesem Falle für den Osten und gegen den Westen".

+

"Das eigentliche Prosperieren der Demokratie beruht darauf, daß man die Menschen nicht für das Funktionieren irgendwelcher Paragraphen und für Finissen, sondern für Ideen und Überzeugungen interessiert".

+

"Wenn wir Westdeutschland als politischen Faktor nicht mißbrauchen lassen, sondern für die Idee der Weltdemokratie einsetzen wollen, dann müssen wir untersuchen, was wichtiger ist: Das formale Dasein in einem unsymmetrischen, von taktischen, temporären und anderen Zufälligkeiten abhängigen lockeren Gebilde oder die Forderung, die politischen Kräfte des deutschen demokratischen Westens mit nationalem Selbstbewußtsein und internationalem Zutrauen zu erfüllen".

"Wir haben keine Veranlassung, zu glauben, daß die Gutwilligkeit einer Unterwerfungspolitik auf die Dauer besonders geschätzt wird. Wir können auch bei einem Staatsgrundgesetz mit befohlener Ausgangsbasis nur dem zustimmen, was wir aus eigener Ansicht für unser Volk und für seine europäische Rolle verantworten können".

"Es gibt nach den Erfahrungen der letzten 40 Jahre keine echte politische Massenbewegung, die auf einen möglichst starken Grad deutscher Zusammengehörigkeit verzichten könnte. Die deutsche Jugend hat zu einem außerordentlich hohen Prozentsatz kein Verständnis für Ländersouveränität und Ambitionen, die daraus erwachsen. Wir haben keine Veranlassung, der deutschen Jugend den Zugang zu den Ideen der Demokratie und des Sozialismus noch schwerer zu machen. Wir dürfen in den Augen der heranreifenden Generation nicht die Demokratie mit Desorganisation und mit jeder Form der Ohnmacht gleichsetzen. Die Demokratie ist nicht die staatsrechtliche Form einer nationalen oder internationalen Demütigung, sondern Ausdruck einer Gleichberechtigung oder doch des möglichst offenen Weges zu dieser Gleichberechtigung".